

Umstrittene Paten Oldenburger Straßennamen in der Diskussion

Protokoll der Veranstaltung am 3. März 2015, 19 Uhr
Kulturzentrum PFL, Seminarraum 2

Podium

Moderation: Uwe Fischer (Kulturreferent Akademie der Ev.-Luth. Kirche Oldenburg)

Vertretung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Dietmar von Reeken und Jun.-Prof. Malte Thießen (beide Institut für Geschichte)

Vertretung der Stadtverwaltung: Christiane Cordes (Amtsleiterin des Kulturamtes)

1. Begrüßung durch Uwe Fischer mit Vorstellung des Podiums und des Ablaufs
 - der Moderator befragt die Anwesenden nach ihrer Motivation, an dieser Veranstaltung teilzunehmen; Resultat: etwas mehr als die Hälfte der Personen sind betroffene Anwohner, die anderen sind an der Diskussion interessierte Bürger

2. Frau Cordes erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Chronologie der bisherigen Debatte um die Straßennamen (Link), damit alle Anwesenden auf dem gleichen Informationsstand für eine Diskussion sind. Frau Cordes geht ebenfalls auf die nächsten Schritte des Verfahrens ein sowie auf die möglichen Konsequenzen einer Umbenennung von Straßen. Erklärtes Ziel der geplanten drei Veranstaltungen sei es, das Stimmungsbild in der Bevölkerung für bzw. gegen die Umbenennung von Oldenburger Straßen wahrzunehmen. Das Votum der Bürger werde in die Entscheidung des Rates der Stadt über die Straßennamen einfließen

3. Diskussion

Auf die Frage aus dem Forum nach den bisherigen Kosten des Verfahrens und nach dem Verbleib des Geldes antwortet Frau Cordes, dass die Wissenschaftliche Studie der Universität Oldenburg 22.848 EUR gekostet habe, die Vortragsreihe von 2013/2014 9.840 EUR und die Öffentlichkeitsarbeit/Werbung 2.750 EUR. Die für die Studie aufgewendeten Kosten seien Personalkosten, da zwei Mitarbeiter für ein Jahr beschäftigt worden seien, so Herr Thießen.

Aus dem Forum wird mit Bezug auf die bisher entstandenen Kosten angeregt, angesichts des schlechten Zustandes der Oldenburger Ausfallstraßen die Mittel für die Straßensanierung sinnvoller einzusetzen.

Auf die Frage nach dem Ausgangspunkt der Diskussion um die Straßennamen verweist Frau Cordes auf wiederholte Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern - bei denen es sich nicht um Anwohner gehandelt habe - zur Benennung der Hedwig-Heyl-Straße und der daraus resultierenden Entscheidung des Rates der Stadt, die Oldenburger Straßennamen umfänglicher untersuchen zu lassen. Herr Fischer und Frau Cordes weisen darauf hin, dass es schon früher Diskussionen über die Benennung von Straßen gegeben habe und das Bedürfnis danach weiterhin anhalte.

Anmerkung aus dem Forum: Als Anwohner der August-Hinrichs-Straße müsse man sich oft mit der Frage auseinandersetzen, warum man in so ein „braunes Loch“ gezogen sei. Die Diskussion über die Straßennamen trage auch zur Information bei und gebe Argumente für eine solche Auseinandersetzung an die Hand. Ein demokratisch gefälltes Votum für oder gegen eine Umbenennung sei ein ebenso gewichtiges Argument in der Auseinandersetzung.

Gefragt nach dem genauen Auftrag der Stadt an die Universität antwortet Herr von Reeken, dass die Lebensläufe jener Personen, die in der NS-Zeit gelebt hätten und die mit einem Straßennamen in Oldenburg geehrt worden seien, darauf untersucht werden sollten, wie sie sich in der NS-Zeit verhalten hätten. Er weist auch darauf hin, dass die genannten Personen entnazifiziert und entlastet worden seien.

Auf die Frage nach der wissenschaftlichen Definition des Begriffes „Verstrickung in die NS-Zeit“ [siehe Flyer] antwortet Herr Thießen, dass sich klare und für alle der genannten Personen geltende Kriterien für eine Verstrickung in das NS-Regime nicht aufgestellt werden könnten. So sei z. B. die Mitgliedschaft in der NSDAP allein nicht ausreichend zur Beurteilung. Tatsächlich müsse die Verwicklung in die NS-Zeit für jeden Fall einzeln diskutiert werden. Dazu seien diese Veranstaltungen organisiert worden. Herr von Reeken ergänzt, dass es keine harten Kriterien und eindeutigen Kategorien gebe. Die Beurteilung der einzelnen Personen müsse individuell erfolgen und sei eine politische Frage. Die Studie der Universität Oldenburg umfasse 74 Personen, die den formalen Kriterien des Untersuchungsauftrags entsprochen hätten. Von denen habe eine Kommission (Zusammensetzung siehe Power Point Präsentation) zehn Personen für eine weiterführende öffentliche Diskussion ausgewählt. Die Wissenschaftler hätten nur die Fakten des Forschungsstandes zusammengetragen und so die Grundlage für die Diskussionen geschaffen. Es sei jedoch nicht ihre Aufgabe, Entscheidungen zu fällen. Das sei die Aufgabe von Bürgern und Politik.

Auf den Einwand aus dem Forum, dass die politische Entscheidung über die Namensgebung doch schon im Jahr der Benennung erfolgt sei, erklärt Herr von Reeken, dass die Wissenschaftler den heutigen Forschungsstand zugrunde legen würden. Diese Erkenntnisse könnten beispielsweise in den Fünfzigerjahren anders gesehen worden sein. Frau Cordes verweist auf den aktuellen Ratsauftrag für die Studie und darauf, dass es dem Rat unbenommen sei, die alten Entscheidungen erneut auf den Prüfstand zu stellen. Dieser Auftrag umfasse neben der NS-Zeit sowohl die Lebensleistung der Personen als auch ihren Umgang mit ihrer Rolle nach 1945.

Anmerkung aus dem Forum: Richard von Weizsäcker sei ein gutes Beispiel für eine Person mit NS-Vergangenheit, die als Politiker heute hohes Ansehen genieße und respektiert werde.

Frage aus dem Forum: Im Flyer zur Diskussionsreihe würden Straßennamen als Ehrbezeugung für die jeweils benannte Person bezeichnet und nun solle geprüft werden „inwieweit diese Personen eine solche Ehre nach heutigen Maßstäben noch verdienen“. Was genau bedeute eine Prüfung nach heutigen Maßstäben? Handele es sich dabei um eine politische, eine historische oder eine wissenschaftliche Definition? Die heutigen Maßstäbe würden sich aus der gesellschaftspolitischen Diskussion heraus entwickeln, so Frau Cordes.

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Ludwig Erhard** von Herrn Thießen

Drei Problemfelder seien näher zu betrachten

- a) Erhards Rolle im Widerstand reduziere sich bei näherer Betrachtung und neueren Erkenntnissen erheblich, der Kontakt zu Carl Goerdeler, einer zentralen Figur des Widerstands, könne nicht als Indiz für eine Haltung des Widerstandes bei Erhard gewertet werden.
- b) Erhard sei nicht Mitglied der NSDAP gewesen und habe dadurch teilweise berufliche Nachteile gehabt.
- c) Problematisch stelle sich sein wirtschaftspolitisches Engagement im III. Reich dar:
 - von 1933-38 als Vorstandsmitglied des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware;
 - von 1938-42 starkes Engagement in der Beratung zur Kriegsführung und bei der Annexion Osteuropas sowie der Ausbeutung Polens;
 - von 1942-43 als Berater in der Rüstungsindustrie

Als Gesamteindruck fasst Herr Thießen zusammen, dass Ludwig Erhard ehrgeizig auf seine berufliche Laufbahn geachtet habe, dabei aber nicht skrupellos vorgegangen sei.

siehe Studie

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf)

Aus dem Forum wird angemerkt, dass Menschen wie Ludwig Erhard in den Nachkriegsjahren gebraucht worden seien und die Diskussion über Erhard im Zusammenhang mit der Umbenennung von Straßen erschütternd sei. Eine weitere Äußerung zeigt Verständnis dafür, dass sich Ludwig Erhard wie viele andere auch in der NS-Zeit engagiert habe, was auch in Ordnung gewesen sei, denn das System sei doch bis 1938 erfolgreich gewesen.

Herr Fischer stellt deutlich klar, dass es sich bei dem Naziregime um ein Mörderregime gehandelt habe. Außerdem weist er darauf hin, dass die Stadt nie erklärt habe, dass es bei der aktuellen Diskussion ausschließlich um die Umbenennung von Straßen gehe.

Herr Thießen erwidert, dass sich die kurzen Impulse zu den jeweiligen Personen auf die problematischen Punkte beziehen würden, die es zu diskutieren gelte. Die Lebensleistung dieser Personen sei darin unberücksichtigt geblieben. Herr Fischer ergänzt, dass es am heutigen Abend um die Diskussion über die Personen und nicht um eine Straßennamen-Debatte gehe.

Aus dem Forum wird der Eindruck formuliert, dass die Diskussion um Erhard nur ein Versehen sein könne. Die Ausführungen von Herrn Thießen seien einseitig und die Studie ideologisch gefärbt. Erhard sei direkt nach dem Krieg eine demokratische Gesinnung zugesprochen worden. Er habe sich als erster Bundeskanzler für diplomatische Beziehungen zu Israel eingesetzt und er sei der Vater des deutschen Wirtschaftswunders. Das Entfernen des Straßenschildes werde die Stadt teuer zu stehen kommen, da sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene negative Reaktionen zu erwarten seien, was für die „Stadt der Wissenschaft“ kein gutes Zeichen darstelle. Eine weitere Äußerung zielt darauf, dass Erhard ein Kind seiner Zeit gewesen sei, was die sprachliche Bindung an die NS-Zeit mit sich bringe, die heutzutage durchaus zu erschrecken

vermöge. Wie alle, habe auch Erhard Karriere machen wollen, doch sei sein Vergehen gering einzuschätzen. Es sei zu begrüßen, dass diese Erkenntnisse über ihn veröffentlicht worden seien, aber es gebe weitaus schwerwiegendere Vergehen. Ein weiterer Beitrag sieht in Ludwig Erhard einen klugen Konservativen und einen, der sich gegen die Besatzungsmächte durchzusetzen vermochte. Eine weitere Wortmeldung betont, dass Erhards Sachverstand und Einsatz maßgeblich für das Wirtschaftswunder verantwortlich gewesen seien. Die Vergangenheit vor 1945 stehe nicht mehr zur Debatte. Anstatt weiter im Müll zu wühlen solle an die Zukunft gedacht werden. Ein anderer Teilnehmer betont, dass Erhard nur Berater gewesen sei und nichts zu entscheiden gehabt habe. Er habe sich erfolgreich gegen eine Mitgliedschaft in der NSDAP gewehrt, und habe also keine aktive Rolle in dieser Zeit gespielt. Eine andere Teilnehmerin betont, dass bei der Annexion des Ostens sehr wohl über Leichen gegangen worden sei, und zu dieser Tat trage auch ein Berater bei. Es habe nach dem Krieg keinen Bruch gegeben, Hunderttausende hätten ihre Posten behalten. Es werde hier immer von Besatzungsmächten gesprochen. Diese Besatzungsmächte seien jedoch die Befreier Deutschlands gewesen. In Bezug auf das Wirtschaftswunder stelle sich die Frage: Welches Recht habe Deutschland eigentlich gehabt, nach diesem Krieg so schnell wieder auf die Beine kommen zu wollen? Der Blick in die Vergangenheit schärfe den Blick für die Zukunft.

Die Anwohner der Ludwig-Erhard-Straße machen deutlich, gegen eine Umbenennung der Straße zu sein.

Ratsfrau Sinje Eichner betont, dass die Kontroverse mit den Historikern in dieser Form unnötig sei, denn der Rat der Stadt entscheide. Die Wissenschaftler hätten nur die Grundlage für die Diskussionen und die Entscheidung geliefert. Es gehe nicht nur um die Umbenennung von Straßen, es gebe auch andere Lösungen. Noch sei keine Umbenennung entschieden. Diese Diskussionsreihe solle zu einem Beschluss des Rates beitragen. Fragen zum Beschluss sollten an den Rat der Stadt gerichtet werden, nicht an die Wissenschaftler. In der letzten Ratssitzung habe es die Anregung gegeben, weitere Straßennamen zu überprüfen. Die Vergangenheit sei auch heute noch relevant.

Ein Teilnehmer kritisiert die aus seiner Sicht sehr einseitige Diskussion. Man konzentriere sich ausschließlich auf die negativen Aspekte.

Ratsfrau Dr. Ester Niewerth-Baumann betont die Haltung ihrer Partei, dass die Studie und die inhaltliche Beschäftigung mit den Oldenburger Straßennamen sinnvoll seien. Die CDU werde allerdings keine Umbenennung von Straßennamen ohne ein entsprechendes mehrheitliches Anwohner-Votum mittragen und sie werde jeden Ratsbeschluss dahingehend beeinflussen.

Ratsfrau Gerti Suntrup schildert, dass in ihrer Kindheit auf dem Land Themen wie das KZ in Esterwegen nie diskutiert worden seien. Ihre Fraktion wolle hören, was die Anwohner zu der Thematik denken würden. Sie versichert, wenn die Mehrheit der Anwohner gegen die Umbenennung sei, werde ihre Fraktion dies im Rat der Stadt berücksichtigen.

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Ernst Ferdinand Sauerbruch** von Herrn Thießen:

- Sauerbruch sei 1951 gestorben, große Teile seiner Lebensleistung lägen in der NS-Zeit. In der NS-Zeit sei er vielfach geehrt und ausgezeichnet worden.
- Ab 1933 habe er Rundfunkreden gehalten, in denen er auf Hitler und das Regime eingeschworen habe.
- Problematisch sei seine Tätigkeit als Mitglied des Reichsforschungsrates gewesen, wo er die Leitung des medizinischen Segmentes inne gehabt habe und in dem Menschenversuche in den KZs beschlossen worden seien.
- Sauerbruch sei selber nicht aktiv an Menschenversuchen beteiligt gewesen.
- Er sei für die dezentrale Euthanasie als Berater tätig gewesen, habe sich aber nach 1940 gegen die T4 Aktion eingesetzt. Diese sei dann zwar offiziell gestoppt worden, inoffiziell aber weitergelaufen.
- Sauerbruch sei eine zwiespältige Person. Er sei nie NSDAP-Mitglied gewesen, was ihm jedoch keine Nachteile eingebracht habe, wohl weil er schon vor der Machtergreifung eine Koryphäe und anerkannte Autorität auf seinem Gebiet gewesen sei.

siehe Studie:

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf)

Aus dem Forum wird angemerkt, dass der Name Dr.-Sauerbruch-Straße seinerzeit von den Anwohnern gewählt und als Anerkennung für seine Entwicklung von Prothesen gedacht worden sei. Ohne andeuten zu wollen, dass sie „gekniffen“ hätten, stelle sich die Frage, wo die Ratsmitglieder am heutigen Abend seien? Ein weiterer Teilnehmer erklärt, dass mit Bezug zum letzten Absatz der Studie gesagt werden könne, dass Sauerbruch Böses und Gutes getan habe und sein Handeln sich nicht von dem Anderer unterscheide. Ein Anwohner betont, dass Sauerbruch im Trauerzug des Künstlers [und Juden, Anm. der Protokollanten] Max Liebermann mitgegangen sei, was doch auch seine Position zeige. Weiter wird bemerkt, dass die Internet-Recherche über NS-Verbrecher eine Sammlung von „wirklichen“ Tätern ergebe, zu denen Sauerbruch nicht gehöre. Die Anwohner der Dr.-Sauerbruch-Straße seien zu 90% gegen eine Umbenennung der Straße und würden über eine Unterschriftensammlung nachdenken.

Aus dem Forum werden die Historiker gefragt, ob Sauerbruch lediglich eine Freigabe für Forschungsgelder zur Entwicklung von Senfgas erteilt habe, oder ob er auch gewusst habe, dass diese Forschungen Menschenversuche in den KZs beinhalteten.

Herr Thießen antwortet, dass sich das Wissen Sauerbruchs um die Menschenversuche in KZs nicht eindeutig nachweisen lasse, relevante Akten seien vernichtet worden. Neuere Untersuchungen über Karl Brandt, [Begleitarzt Hitlers, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS sowie Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen und ranghöchster Angeklagter im Prozess gegen Mediziner im Rahmen des Nürnberger Prozesses; Anm. der Protokollanten] würden nun darauf hinweisen, dass Sauerbruch sehr wahrscheinlich um die Versuche an KZ-Häftlingen gewusst habe.

Aus dem Forum wird die Frage gestellt, warum die Aussage, Sauerbruch sei nicht NSDAP-Mitglied gewesen, von den anwesenden Historikern nicht einfach unkommentiert und als Tatsache formuliert worden sei? Bei dem Hinweis, dass er als medizinische Koryphäe bereits so etabliert gewesen sei, dass seitens der Nazis wohl andere Maßstäbe für ihn gegolten hätten und eine NSDAP-Mitgliedschaft wahrscheinlich unwesentlich gewesen sei, handele es sich um eine Denunziation.

Herr von Reeken stellt klar, dass diese Erklärung Bestandteil der historischen Analyse sei. Es gebe keine exakten Beweise, weshalb die Historiker zu erklären versuchten, wie plausibel eine bestimmte Annahme sei. Es handele sich dabei also um eine Deutung seitens der Forschung und keinesfalls um eine Denunziation.

(Da die zahlreichen Anwohner der Ludwig-Erhardt-Straße die Veranstaltung verlassen wollen, wird eine kurze Pause eingelegt.)

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Richard Strauss** von Herrn von Reeken

- Auch bei Richard Strauss gebe es keine Hinweise auf eindeutige Verbrechen und insofern bewege man sich auch hier in einem Graubereich.
- Strauss sei von 1933-35 Präsident der Reichsmusikkammer gewesen und habe damit schon früh einen hohen Posten im III. Reich innegehabt
- Während der NS-Zeit habe er weitere hohe Ämter bekleidet und sei mehrfach ausgezeichnet worden.
- Doch sei auch Kritik seitens der Machthaber an seiner Person bekannt, z.B. hinsichtlich seiner jüdischen Schwiegertochter oder seiner Beziehungen zu Stefan Zweig
- In der Stadt Wien, in der Strauss von 1919 -24 Direktor der Wiener Staatsoper gewesen sei und die wie keine andere Stadt positiv mit seiner Person in Verbindung gebracht werde, sei derzeit ein Prozess zur Einordnung der Person Strauss im Nationalsozialismus im Gange. Die Diskussion mit den Bürgern dort sei noch nicht beendet, das Ergebnis bleibe abzuwarten.

siehe Studie:

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf

Aus dem Forum wird angemerkt, dass Strauss zwar sehr am Geld interessiert gewesen und auch als Opportunist einzuschätzen sei, doch habe er auch vielen geholfen. Es stelle sich die Frage, wie seinerzeit im Jahr 1949 die Straßenbenennung erfolgt sei, denn damals seien die politischen Entscheider doch noch bestens über Strauss informiert gewesen. Ein weiterer Teilnehmer berichtet, dass er als kleiner Junge Gespräche seines Vaters, - dem damaligen Baudezernenten - zur Benennung der Richard-Strauss-Straße mit angehört habe. Die Vergangenheit von Strauss habe in der Gesprächsrunde gar keine Rolle gespielt und stattdessen habe es große Begeisterung für ihn gegeben. Nur der damalige Dezernent Cordes, ein ehemaliger KZ-Insasse habe sein Veto gegen die Richard-Strauss-Straße eingelegt. Doch habe der Einwand des Dezernenten kein Gehör gefunden, eine Straßenbenennung zum aktuellen Todestag von Strauss (1949) sei überzeugender gewesen, da er doch in das Ensemble der Straßennamen im Oldenburger „Musikerviertel“ gepasst habe. In dieser Zeit habe niemand darüber nachgedacht, wie sich die Namensgeber in der NS-Zeit

verhalten hätten. Ein weiterer Teilnehmer erklärt, dass es angesichts der Tatsache, dass seine Schwiegertochter Jüdin gewesen sei, nicht verwundern könne, dass sich der Komponist nicht aktiv gegen das Regime gewendet habe.

Aus dem Forum wird weiterhin kritisiert, dass keiner der Autoren der Studie damals schon gelebt habe. Die Studie spreche selten pro Strauss, sondern meistens contra. Die Belege der Studie müssten bezweifelt werden, eigene Nachforschungen hätten widersprechende Argumente hervorgebracht. Alle Anwohner der Richard-Strauss-Straße seien gegen eine Umbenennung.

Herr von Reeken stellt klar, dass Historiker natürlich Zeiten, in denen sie nicht gelebt hätten, erforschen würden. Wie solle sonst über die Antike oder das Mittelalter geforscht werden? Historiker müssten nicht „dabei“ gewesen sein, um aus der Quellenlage Erkenntnisse über die Vergangenheit zu ziehen. Herr Thießen ergänzt, dass die Studie durchaus auch unterschiedliche Positionen zu den einzelnen Personen darstelle.

Auf die Frage, wie eine eventuelle Umbenennung organisiert sei und ob es Ersatznamen gebe, antwortet Ratsfrau Eichner, dass zahlreiche Vorschläge für die Benennung von Straßen vorliegen würden. Der Rat nehme keine eigene Namensgebung vor. Die Anwohner von Straßen, die umbenannt werden sollten, könnten eigene Vorschläge machen und würden gehört werden.

Aus dem Forum wird darauf verwiesen, dass Georg Elser in Oldenburg mit einem Straßennamen geehrt werden solle. Diese Doppelmoral verwundere, denn während alle hier zur Debatte stehenden Personen entnazifiziert worden seien, ihnen also nichts vorzuwerfen sei, handele es sich bei Georg Elser doch immerhin um einen verurteilten Mörder. Ebenso unverständlich sei der Umgang mit dem ebenfalls verurteilten Kommunisten Carl von Ossietzky. Ein direkter Einwand aus dem Forum hält dagegen, dass auch die Attentäter des 20. Juli als Verbrecher verurteilt worden seien, aber nach den Gesetzen des Nationalsozialismus. Heute würden diese zu Recht als Helden verehrt, die sich als einzige dem verbrecherischen NS-Regime entgegengestellt hätten. In diese Reihe sei auch Georg Elser einzuordnen.

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Felix Wankel** von Herrn von Reeken

Felix Wankel sei als Ingenieur und Erfinder des Wankel-Motors bekannt. Nach Veröffentlichung der Oldenburger Studie sei eine umfangreiche Doktorarbeit zu Felix Wankel erschienen, die neue Erkenntnisse enthalte.

- Wankel sei bereits 1921 in die NSDAP eingetreten und habe seine nationalsozialistische Gesinnung schon lange vor 1933 nach außen getragen.
- Doch sei er auch streitbares Mitglied seiner Partei gewesen, weshalb es zu Auseinandersetzungen gekommen sei, die 1932 zum Ausschluss aus der Partei geführt hätten. Ein Wiederaufnahmeantrag von 1937 sei abgelehnt worden.
- Von 1940-42 sei er den Rang eines Obersturmbannführers in der SS inne gehabt.
- Einige seiner Forschungen seien rüstungsrelevant gewesen.

Bei Wankel handele es sich somit um einen frühen Nationalsozialisten, der aber niemandem direkt Schaden zugefügt habe.

siehe Studie:

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf)

Anwohner der Felix-Wankel-Straße sind im Forum nicht anwesend.

Aus dem Forum wird nachgefragt, was den Rat der Stadt Oldenburg 1994 zur Benennung der Felix-Wankel-Straße bewogen habe. Überhaupt sollten die Beweggründe der Stadt für die jeweiligen Straßenbenennungen recherchiert werden, denn das sei von Interesse und für die Einschätzungen aller Namensgebungen hilfreich. Frau Cordes sagt die Recherche in den Ratsunterlagen zu und die Ergebnisse dazu würden ins Netz gestellt werden.

Protokollanmerkung:

Den Ratsunterlagen ist nur der Beschluss zur Benennung der Felix-Wankel-Straße zu entnehmen. Weitere Ausführungen gibt es nicht.

Herr von Reeken weist darauf hin, dass Wankel sich nach dem III. Reich als Techniker und als unpolitischen Menschen dargestellt habe. Dies könne für die Zeit bis 1933 keinesfalls so gesehen werden.

Aus dem Forum wird erklärt, dass Wankel eine sehr nationale Haltung inne gehabt habe, was auch vor dem Nationalsozialismus durchaus üblich gewesen sei in Deutschland. Oldenburg und die frühe Begeisterung seiner Bürger für den Nationalsozialismus seien das beste Beispiel dafür.

Fazit der Diskussionsrunde von Uwe Fischer:

- Die Anwohner in den benannten Straße haben ein besonderes Interesse an der Diskussion. Ihre Betroffenheit ist spürbar, sie kamen gut vorbereitet in die Diskussion.
- Die offene Diskussion ist wichtig, denn die Oldenburger beschäftigen sich dadurch mit der Vergangenheit, sie schauen zurück.
- Die Historiker liefern notwendige Erkenntnisse für eine Diskussion. Erkenntnisse sind jedoch abhängig von Forschungsergebnissen und diese sind veränderlich.
- Eine eindeutige Täterschaft der heute vorgestellten Personen ist nicht festzustellen. Es handelt sich um ambivalente Personen, deren Lebensleistung von vielen Anwesenden positiv gesehen wird.
- Es muss vorsichtig mit Formulierungen umgegangen werden. Es geht in diesen Diskussionen um die Ehre der Paten für die Straßennamen und die Ehre ist ein hohes Gut.
- Zwei der anwesenden Ratsmitglieder haben den Bürgern des Forums das Versprechen abgegeben, dass das Votum der Anwohner der Straßen, die für eine eventuelle Umbenennung in Frage kommen, berücksichtigt werden wird.

Für das Protokoll

Hans-Dieter Remmers und Paula von Sydow (Kulturbüro der Stadt Oldenburg)